



Flüchtlingsrat Thüringen e.V.
Schillerstraße 44 // 99096 Erfurt

TELEFON +49 (0) 361 51 80 51-25 // -26

FAX +49 (0) 361 51 88 43 28

E-MAIL info@fluechtlingsrat-thr.de

WWW.FLUECHTLINGSRAT-THR.DE

Instagram: [fluechtlingsrat_thr](#)

X: [FLR_TH](#)

Facebook: [@fluechtlingsrat](#)

Erfurt, den 19. Mrz. 2026

 Flüchtlingsrat Thüringen e.V. // Schillerstraße 44 // 99096 Erfurt

Pressemitteilung

Landesweites Bündnis übergibt Offenen Brief gegen die Bezahlkarte am 25. März an die Landesregierung

Übergabe im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus

Das Thüringer Netzwerk „Nein zur Bezahlkarte“ übergibt am Mittwoch, den 25. März 2026, um 13 Uhr einen landesweiten Offenen Brief vor dem Thüringer Landtag. Begleitet wird die Aktion von einer Kundgebung.

Die öffentliche Übergabe ist Teil des bundesweiten Programms der Internationalen Wochen gegen Rassismus – das Netzwerk führt im Offenen Brief aus, wie die Bezahlkarte Menschen aufgrund ihres Aufenthaltsstatus diskriminiert und ihnen gesellschaftliche Teilhabe verweigert.

Die Unterzeichner:innen betonen die weitreichende Einschränkung von schutzsuchenden Asylbewerber:innen, besonders Kinder und Jugendliche sind in besonderem Maße betroffen. Sie sehen in der Bezahlkarte einen gravierenden Eingriff in Grundrechte. Sozialgerichte haben seit Einführung der Bezahlkarte als Instrument der Leistungsausgabe wiederholt entschieden, dass insbesondere restriktive Regelungen, wie etwa die Begrenzung von Bargeldabhebungen, verfassungswidrig sein können.

Die Unterzeichner:innen des Briefes sehen das Thüringer Ministerium für Justiz, Migration und Verbraucherschutz (TMJMV), den Thüringischen Landkreistag und den Thüringer Gemeinde- und Städtebund in der Pflicht, die Diskriminierung durch das Instrument der Bezahlkarte zu beenden. Lediglich die Auszahlung der Leistungen auf Basiskonten könne Menschenwürde, Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen.

Die genannten Landesgremien tragen nicht nur eine gesellschaftliche, sondern auch eine gesetzliche Verpflichtung Menschengruppen nicht zu diskriminieren.

Trotz mehrfacher Kontaktversuche seit Ende Januar bleibt eine Reaktion der zuständigen Ministerin Meißner aus. Auch seitens der kommunalen Spitzenverbände erfolgte keine Antwort oder Gesprächsbereitschaft. Lediglich die Staatskanzlei antwortete dem Netzwerk und verwies auf den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums.

Mit der Aktion erneuert das Netzwerk seinen Appell an die verantwortlichen Landesgremien: die Bezahlkarte zu stoppen und eine menschenwürdige, diskriminierungsfreie Sozialpolitik sicherzustellen.

Termin:

Übergabe des Offenen Briefes „Thüringer Zivilgesellschaft sagt Nein zur Bezahlkarte!“

Mittwoch, 25. März 2026, 13 Uhr

vor dem Thüringer Landtag

Veranstaltung im Programm der Stiftung der Internationalen Wochen gegen Rassismus:

<https://stiftung-gegen-rassismus.de/veranstaltungskalender/veranstaltung/260325-1300-thueringer-zivilgesellschaft-sagt-nein-zur-rassistischen-bezahlkarte-buendnis-uebergibt-ministerin-offenen-brief-am-25-maerz-2026>

Pressekontakt:

Hr. Mouhamed Alazawe

erreichbar unter:

presse@fluechtlingsrat-thr.de

FLÜCHTLINGSARBEIT
IST KOSTENFREI, ABER IN
KEINEM FALL UMSONST
UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT!



SPENDENKONTO
Sparkasse Mittelthüringen
IBAN: DE98 8705 1000 0163 0262 70
BIC: HELADEF1WEM

MITGLIED DER BUNDES-
ARBEITSGEMEINSCHAFT
PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.



Thüringer Netzwerk „Nein zur Bezahlkarte“

An
Thüringer Landesregierung,
Thüringer Ministerin für Justiz, Migration und
Verbraucherschutz,
Thüringischen Landkreistag e. V.,
Gemeinde- und Städtebund Thüringen,



Erfurt, 10.03.2026

Offener Brief: Thüringer Zivilgesellschaft sagt Nein zur Bezahlkarte!

Sehr geehrte Thüringer Landesregierung,
sehr geehrte Thüringer Ministerin für Justiz, Migration und Verbraucherschutz,
sehr geehrter Thüringischer Landkreistag e. V.,
sehr geehrter Gemeinde- und Städtebund Thüringen,

mit großer Sorge blicken wir auf die Einführung der Landesbezahlkarte für Empfänger*innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Thüringen.

Die Bezahlkarte ist ein Instrument der Kontrolle, das schutzbedürftige Menschen diskriminiert und ausgrenzt. Wir, ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Initiativen, Gewerkschaften, Kulturvereine, Sozialverbände, Menschenrechtsorganisationen und engagierter Bürger*innen sprechen uns entschieden dagegen aus.

Wir sagen "Nein zur Bezahlkarte!" in Thüringen und fordern Sie zum Handeln auf.



Massive Einschränkungen durch die Bezahlkarte

Die Bezahlkarte verletzt in ihrer aktuellen Ausgestaltung grundlegende Rechte. Betroffen sind Empfänger*innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Sie erhalten rund zwanzig Prozent weniger als Bürgergeldempfänger*innen und müssen davon ihre Existenz sichern. Über diesen ohnehin zu geringen Geldbetrag auf der Bezahlkarte können betroffene Menschen nicht frei verfügen: Nur 50 Euro dürfen sie monatlich in bar abheben und das ausschließlich im Einzelhandel. Damit sind sie von Öffnungszeiten und dem Bargeldbestand in Kassen der Geschäfte abhängig. Betroffene werden der Kontrolle durch Kassenspersonal und potenzieller Stigmatisierung ausgesetzt. Unklar ist, ob ein Mindesteinkaufswert für die Bargeldabhebung gilt, was faktisch einer besonders hohen Abhebegebühr gleichkäme.

Zahlungen sind mit der Bezahlkarte ausschließlich in Geschäften möglich, die Debitkarten akzeptieren. Viele kleine, oft günstigere Läden, soziale Kaufhäuser, Cafés, Bäckereien, Wochenmärkte und kulturelle Veranstaltungen sind damit ausgeschlossen. Auch Online-Käufe, Vertragsabschlüsse oder notwendige rechtliche und medizinische Zahlungen erfordern eine behördliche Genehmigung - in jedem einzelnen Fall. Das sorgt für eine Abhängigkeit der betroffenen Menschen vom Wohlwollen der Ämter. Zudem können die Betroffenen kein Geld empfangen, außer von der zuständigen Behörde.

Die Bezahlkarte stigmatisiert und setzt Menschen diskriminierenden Situationen aus. Das betrifft beispielsweise auch Kinder, die dadurch nicht an Schulveranstaltungen teilnehmen oder Sport, Kultur- oder Freizeitvereinen beitreten können. Von 50 Euro Bargeld im Monat bleibt für Kinder in aller Regel kein Taschengeld übrig. Die Bezahlkarte entmündigt Menschen, schließt sie vom kulturellen und sozialen Leben aus und schränkt Mobilität, Teilhabe und Zugang zu Arbeit und Bildung ein.

Verletzung von Grundrechten

Die zahlreichen Beschränkungen der Bezahlkarte bedrohen das menschenwürdige Existenzminimum. Damit ist die Bezahlkarte ein Angriff auf die Würde des Menschen (Artikel 1 Grundgesetz). Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum steht allen Menschen zu – unabhängig von Herkunft, Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsstatus.

Die umfassende Kontrolle durch die Bezahlkarte schränkt die individuelle Freiheit massiv ein und degradiert die Betroffenen zu Menschen zweiter Klasse. Die Bezahlkarte verletzt das



Recht auf ein selbstbestimmtes Leben (Artikel 2 Absatz 1 Grundgesetz). Die Bezahlkarte behandelt Menschen allein aufgrund ihres Aufenthaltsstatus ungleich – ein klarer Verstoß gegen das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz (Artikel 3 Absatz 1 Grundgesetz).

Mehrere Sozialgerichte (Nürnberg, Hamburg, Chemnitz) bestätigen, dass die restriktiven Bezahlkartenregelungen Grundrechte verletzen. Viele weitere Verfahren laufen mit Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure. Ein weiterer Klagepunkt: Verstoß gegen das Datenschutzrecht. Bezahlkarteninhaber*innen erfahren nicht, wie ihre Daten verarbeitet werden und wer diese abgreift.

Der Einsatz von Bezahlkarten für weitere Gruppen wie Bürgergeldempfänger*innen ist bereits in der politischen Diskussion und droht mit weiteren Einschränkungen von Selbstbestimmung und Teilhabemöglichkeiten für noch mehr Menschen. Bei der Bezahlkarte geht es nicht nur um die Rechte geflüchteter Menschen, sondern um die Grundrechte aller.

Fakten statt Vorurteile

In Zeiten, in denen rechte Kräfte erstarken, ist es wichtiger denn je, rassistischen Erzählungen und Falschbehauptungen entgegenzutreten statt ihnen nachzugeben.

Die Bezahlkarte wird häufig mit dem Argument gerechtfertigt, sie könne Geldtransfers ins Ausland reduzieren. Für Asylbewerber*innen oder geduldete Menschen, die unter dem Existenzminimum leben, gibt es hierfür schlichtweg keine Belege. Dieses Narrativ ist politisch motiviert und entbehrt jeder Grundlage.

Das in der öffentlichen Debatte oft erklärte Ziel, durch Maßnahmen wie die Bezahlkarte die Zahl der Asylsuchenden zu senken, instrumentalisiert soziale Rechte zur Abschreckung. Bereits 2012 stellte das Bundesverfassungsgericht klar, dass die Menschenwürde nicht migrationspolitischen Zwecken untergeordnet werden darf – genau das geschieht nun erneut. Menschen fliehen vor Krieg, Armut und Verfolgung, nicht wegen Sozialleistungen.

Die Bezahlkarte wird häufig mit dem Argument gerechtfertigt, sie verringere den Verwaltungsaufwand. Die Praxis und die Gerichtsverfahren zeigen: Auf die Behörden kommt durch die Bezahlkarte ein unbewältigbarer Verwaltungsaufwand zu. Für jede Person mit Bezahlkarte müsste jede Überweisung, jeder Bargeldbetrag in jedem Einzelfall immer wieder neu geprüft werden.



Nein zur Bezahlkarte!

Als Zivilgesellschaft stehen wir an der Seite der betroffenen Menschen. Wir unterstützen die solidarische Praxis von Initiativen gegen die Auswirkungen der Bezahlkarte und stellen uns gemeinsam dagegen, wenn diese delegitimiert oder kriminalisiert werden.

Wir fordern die Abschaffung der Landesbezahlkarte in Thüringen.

Wir fordern als menschenwürdige Alternative, die Asylbewerberleistungen auf Basiskonten zu zahlen. Ein eigenes Konto ist eine grundlegende Voraussetzung für Arbeitsverträge, Krankenversicherung, Telefon, Internet oder Online-Käufe – und damit für Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Basiskonten statt Bezahlkarten!

Statt Ausgrenzung, Entmündigung und Diskriminierung durch die Bezahlkarte braucht es Selbstbestimmung, Teilhabe und gleiche soziale Rechte für alle!

Nein zur Bezahlkarte in Thüringen!

Erstunterzeichnende

„Abolish Bezahlkarte“ & Tauschaktion Jena

Ausländerbeirat Erfurt

Bürgerinitiative ASYL e. V. Jena

Büro für ausländische MitbürgerInnen im Evangelischen Kirchenkreis Erfurt

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. Landesverband Thüringen

DGB-Jugend Thüringen

Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Grüne Jugend Thüringen

Initiative „Nein zur Bezahlkarte“ Weimar

Seebrücke Erfurt

Seebrücke Jena

Mitzeichnungen

ABWV - antifaschistisches Bündnis für ein weltoffenes Vogtland

AJZ Erfurt e.V.

AK WeltRaum Jena

AK40 Suhl / Alternative Kultur und politische Bildung e.V.

Akademie für Interkulturelle Bildung und Soziales gGmbH

Aktionsbündnis für Demokratie und Solidarität Altenburger Land

Aktionsbündnis Kolibri Greiz

Amnesty International Bezirk Thüringen

Amnesty International HSG Erfurt

Prof. Dr. André Brodocz

Ann-Sophie Bohm

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Erfurt e.V.

Arbeitsgemeinschaft Lokaler Medienkodex Altenburger Land

Astrid Rothe-Beinlich

Auf die Plätze Bündnis Erfurt

Ausländerbeirat der Stadt Weimar

Bildungskollektiv BiKo e. V.

Bildungswerk ver.di Thüringen e.V.

Blumenstadt United e.V.

Brettern - Skaten und Mukke aus Weimar e.V.

Bund der Deutschen Katholischen Jugend Thüringen e.V.

Bund Deutscher Pfadfinder_innen Landesverband Thüringen e.V.

BUNDjugend Thüringen

Bündnis „Dorfliebe für alle! Saale-Orla-Kreis für Solidarität und Respekt.“

Bündnis gegen Rechtsextremismus Weimar (BgR)

Café Aquarium

Café Kniestchen

Prof. Dr. Christine Rehlau

Contineo Buchhandlung Erfurt

DaMOst e.V.

DBSH Jena

Decolonize Erfurt

Decolonize Erfurt

Denny Möller



Der Kinderschutzbund Landesverband Thüringen e.V.

Der Laden Weimar

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. - DBSH,
Landesverband Thüringen

DGB Hessen-Thüringen

DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.

Dyke*March Weimar

Emils Ecke / Emil5 e.V.

Ende Gelände Jena

Evangelischer Kirchenkreis Erfurt

Fachschaftsrat ASW der FH Erfurt

FAU Jena

Feministischer Streik Jena

Feministisches Forum Erfurt

Förderverein AWO WE United (AWO Regionalverband Mitte-West-Thüringen e.V.)

Frau Korte

Freie Waldorfschule Eisenach/Wartburgkreis e.V. als „Schule ohne Rassismus - Schule mit
Courage“

goals connect e.V.

Green Island (Freiraumprojekt Nordhausen)

Hedwig e.V.

Hilge e.V.

Hochschulgruppe Feministisches Forum

Hochschulgruppe Kritisches Lehramt der Uni Erfurt

Hochschulgruppe Lautstark gegen Faschismus

Iberoamérica e.V.

Initiative Neue Nachbarn Rudolstadt

Institut für Berufsbildung und Sozialmanagement (IBS) Erfurt

Jasper Robeck

Jesidische Gemeinschaft Thüringen e.V.

Johannesplatz solidarisch

Junge GEW Thüringen

Junge Medien Erfurt e.V.

Jusos Thüringen

Katja Maurer

Kollektiv FCK / Feministisches Club Kollektiv Erfurt

Kulturbrücke Palästina Thüringen e.V.

Landesarbeitsgemeinschaft Streetwork / mobile Jugendarbeit Thüringen



Landesfrauenrat Thüringen e.V.
 Landesjugendwerk der AWO Thüringen
 Landesverband der NaturFreunde Thüringen
 LANTERN e.V.i.G.
 Laura Wahl
 Linksjugend ['solid] Erfurt
 Linksjugend Altenburger Land
 Lobeda Solidarisch
 Luis Schäfer
 Maria Hirsch
 MediNetz Jena e.V.
 Melissa Butt
 Migrations- und Integrationsbeirat der Stadt Jena
 Migrationsbeauftragter der Evangelische Kirche in Mitteldeutschland, Adrian Papenhagen
 Naturfreundejugend Thüringen
 Netzwerk Welcome Weimar – Netzwerk für ein Weimar für Alle
 Nifty MC
 Offene Arbeit des Kirchenkreises Erfurt
 Offenes Antifaschistisches Treffen Erfurt
 Offenes Antifaschistisches Treffen Weimar
 Pascal Kalensee
 Queeres Zentrum Erfurt
 Queerfilmfestival Weimar
 QueerYMR
 Ralf Plötner
 Rechtsanwälte Elster & Pietrzyk
 Rechtsruck Stoppen
 Refugee Law Clinic Jena e.V.
 refugio thüringen e.V.
 Rock am Berg e.V.
 Roller Derby Erfurt e.V.
 ROSA e.V. Lokalgruppe Jena
 Rote Soße – Küche für Alle
 s.P.u.K. - solidarische Politik und unkommerzielle Kultur e.V.
 Sabine Thiebe
 SC Roter Stern Jena e.V.
 Sea-Eye e. V. Lokalgruppe Erfurt
 Sea-Eye e. V. Lokalgruppe Jena



Selbsthilfefahrradwerkstatt FaWe - Fahr Weiter e.V.
Siebenhitze e.V. – Siebenhitze Greiz
Solidarisches Gesundheitszentrum Jena e.V.
Stadtjugendwerk der AWO Erfurt
Studierendenrat der Universität Erfurt
Tim Rosenstock
Tinnibo - Sound Solutions
Trans-Inter-Aktiv in Mitteldeutschland e.V.
ver.di Jugend Thüringen
ver.di Thüringen
veto Erfurt
Diakon Wolfgang Musigmann
Women Defend Rojava, Ortsgruppe Jena
„zusammenwachsen“ - Miteinander e.V. Mühlhausen

